

ZUM MANIFEST FÜR DIE LUXEMBURGER JOC :

Wie halt ich's mit dem Kapital ?

Dass man das Manifest für die Luxemburger JOC nur begrüßen kann, brauche ich wohl nicht zu wiederholen. Das Manifest zeigt, dass ein weiterer Verein der sog. Katholischen Aktion (wohl zwar lange nach ausländischen Brudervereinen), sich der politischen Stellung bewusst wird, die er, ob er es weiss oder nicht, innehat. Eine erste Absage ergeht damit an jene, die behaupten, ein kirchlicher Verein müsse apolitisch bleiben (bzw. eine politisierte JOC dürfe keine kirchlichen Gelder mehr bekommen): wie hochpolitisch eine solche Haltung ist, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Die Synodenvorlage der Ko 8 über Glaube und Politik entlarvt diese pseudo-apolitische Haltung als systemstabilisierend (Leitsatz 11) und die französischen Bischöfe haben 1975 den Vereinen der Katholischen Aktion ausdrücklich das Recht auf politische Autonomie bestätigt (Doc. cath. No. 1686, pp.964 sqq.). Dass aber die Vertre-

Meinen Sie wirklich, die Kirche halte sich aus allen politischen und ökonomischen Systemen heraus und stehe über ihnen? Es ist doch wohl wahr, dass wir dem kapitalistischen Räderwerk verfallen sind! Wir sündigen, wenn wir Gesellschaftsordnungen als vorgegeben akzeptieren, die praktisch der Aufrechterhaltung von Sklavereistrukturen dienen.

HELDER CAMARA

ter eines kirchlichen Pseudo-Apolitismus sehr wohl wissen, warum sie gegen ein Bewusstwerden der politischen Stellung kirchlicher Vereine sind, ist überaus verständlich, führt doch ein solches Bewusstwerden der bis dato systemstabilisierenden politischen Haltung meistens gleichzeitig - und so auch im Falle der JOC - zu einer systemkritischen Haltung: "Unser Ziel ist die klassenlose Gesellschaft" (S. 34) und zwar mittels der Liebe und des Klassenkampfes, des Klassenkampfes in Liebe (S.33f.).

Doch anstatt mich in Lobhudeleien zu ergehen möchte ich mich hier mit einem Aspekt des Manifestes kritisch auseinandersetzen. Dieses JOC-Dokument verdient nämlich unbedingt eine eingehende Diskussion, dies umso mehr als die kirchliche Tageszeitung offensichtlich wieder die Taktik des Totschweigens versucht.

Schwächster Punkt im Manifest scheint mir in der Tat die Diskussion über die Natur

des Kapitals zu sein, und zwar insofern sie praktisch fehlt. Dieses Theoriedefizit führt denn auch zu einigen Widersprüchen:

So heisst es S. 43 ff. die Autoren bewegten sich auf dem Hintergrund der Ausführungen des Konzils und Johannes' XXIII. über den absoluten Vorrang der Arbeit vor allen anderen Elementen des Produktionsprozesses, insbes. des Eigentums. Dieser Philosophie entspreche am ehesten die "laboristische" Wirtschafts- und Gesellschaftsform (zum Begriff: vgl. Artikel über KAB in "forum" Nr.6, S. 15 f.). Die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital bilde somit nur unterste Grenze der vom Konzil vorgelegten Norm.

Andererseits werden Humanisierungsversuche der Arbeit mit Recht als Alibi entlarvt, sofern keine entscheidendere, weitergehende Schritte gleichzeitig stattfinden, und zwar: "1. Das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln muss jenen zufallen, die mit diesen Produktionsmitteln arbeiten und damit Werte schaffen". 2. Die Arbeiter müssen selbst über den Einsatz von Arbeitskräften und Produktionsmitteln entscheiden können (S.50).

Wie eben schon sichtbar wurde, verlangt schliesslich das Manifest ein "Modell der Arbeitsorganisation", in dem der arbeitende Mensch Zielsetzung, Planung, Ergebnis(?) und Verlauf seiner Arbeit selbst bestimmt (S.52 ff.). Nur nebenbei geht dabei die Rede von einem "Kampf gegen jede Art von Eigentum und Bürokratie, die von aussen her und von oben die Arbeit regeln (...)" (S. 52 f.) und an anderer Stelle wird als Kriterium für ein (neues) Produktionsverhältnis genannt: "Eine Eigentumsregelung und ein Managementsystem, die den Produzierenden nichts aufzwingen, was sie nicht selber wollen (...)"

Man kommt also nicht darum herum, einerseits festzustellen, dass das Autorenteam von den zukünftigen Eigentumsverhältnissen in einem von den Arbeitern selbst verwalteten Produktions- und Gesellschaftssystem nur sehr schwammige Vorstellungen hat,

Was hindert uns an dem Versuch einer authentischen Verwirklichung des sozialistischen Humanismus? ... Wer ironisch fragt, an welchem Ort der Erde diese Utopie bereits versucht worden sei, erweckt den traurigen Eindruck, weder über schöpferische Phantasie zu verfügen noch über Erfindergeist, sondern sich ausschliesslich in eingefahrenen Gleisen bewegen zu wollen. HELDER CAMARA

dass andererseits gewisse Formulierungen aber auf eine Überwindung des privat- (und staats-)kapitalistischen Systems hindeuten. Was soll dann aber der Hinweis auf das "laboristische Modell", das doch immer noch das Kapital als berechtigten eigenständigen Produktionsfaktor - sei es nun der Arbeit über-, neben- oder untergeordnet - anerkennt?

Ursache dieser Widersprüche und Ungenauigkeiten ist m.E. eine ungenügende Auseinandersetzung mit der Natur des Kapitals. Nach Marx ist das Kapital in Form von Geld

bzw. Produktionsmitteln akkumulierte Arbeit, die den Produzenten im Lauf der Geschichte weggenommen worden ist; das sog. Kapital gehört den Arbeitern also von seinem Ursprung her und nicht nur weil sie *"mit diesen Produktionsmitteln arbeiten und damit Werte schaffen."* (S.50)

Dieser Mangel verwundert umso mehr als die Autoren selbst die profitorientierte Wirtschaftsform als solche als Haupthindernis gegen eine menschenwürdige Arbeit ansehen (S.51). Die auf meine diesbezügliche Frage auf der Pressekonferenz vom 28.6. 1976 gegebene Antwort, die aufgezeigten vermeintlichen Widersprüche seien ein Zeichen dafür, dass die Autoren bewusst verschiedene Möglichkeiten für eine von den Arbeitern selbst entwickelte neue Produktionsweise offenhalten wollten, bleibt vorläufig unbefriedigend. (Man fragt sich nämlich, welche Hilfe die Autoren von Marx' Gesellschaftsanalyse und -kritik bekommen haben wollen (S.12).) Angesichts der Bedeutung dieser Frage - man denke nur an die Konsequenzen für die Kampfstrategie! - wünsche ich diesem Manifest für die JOC, dass es sich *"unter den Händen (der) Militanten formt und weiterentwickelt"* (S.9f). m.p.

REMERSCHEN UND PFAFFENTHAL

Bürgerinitiativen gegen Technokratie

Am Beispiel der Kernkraftdebatte hat Guy Rewenig in einem längeren Artikel in "d'Lëtzeburger Land" Nr. 16 vom 16.4.1976 den Konflikt aufgezeigt, der sich zwischen den entmündigten Bürgern und den nach rein wirtschaftspolitischen Interessen entscheidenden Technokraten anbahnt. Die Argumente der Kernkraftwerksgegner wurden zwar "demokratisch" zur Kenntnis genommen, doch die Entscheidungskriterien wurden anderswo festgelegt. Rewenig schlussfolgert: *"Die Qualität der Demokratie steht zur Debatte, auch die Qualität des Lebens, das sich in einer Demokratie verwirklichen lässt ... Kern der Konfrontation ist die Frage, ob der gemeinsame Lebensraum ausschliesslich von Technokraten reguliert werden soll, ob die eigenständigen Bedürfnisse der Wirtschaft den kollektiven Ansprüchen der Völker einfach übergestülpt werden dürfen, oder ob der Mensch im demokratischen Staat zumindest das Recht hat, seine Vorstellungen vorzubringen und auch berücksichtigt zu sehen."*

Ähnliche Überlegungen drängen sich einem auf nach der Lektüre der in "forum" Nr.6 erschienenen Beiträge zur Pfaffenthaler Explosionskatastrophe: Fachleute aus Politik und Verwaltung waren schnell zur Stelle, präsentierten geschickt aufgemachte Pläne zur Behebung der Probleme, doch bei der Verwirklichung der ersten Hilfsmassnahmen zeigte sich schon, dass diese Leute nicht gewillt waren, alle Möglichkeiten zur Behebung der bestehenden Schwierigkeiten auszuschöpfen und auch an den Bedürfnissen und wahren Problemen der in Pfaffenthal lebenden Menschen vorbeiredeten und vorbeiplanten. Technokraten werden auch hier den Wiederaufbau planen und somit wird eine Rückkehr der sinistrierten Pfaffenthaler angesichts der dann zu erwartenden Mieten ausgeschlossen sein. Und als die Sinistrierten ein Komitee zur Verteidigung ihrer Rechte gründeten, antworteten die Verantwortlichen der Gemeinde, eine solche Vereinigung habe keine legale Basis, und anerkannten als Gesprächspartner nur das offizielle "Syndicat d'initiative", dem kein Sinistrierter angehört.

In beiden Fällen zeigt sich also einmal mehr, dass Technokraten keineswegs politisch neutral sind. *"(Sie) sind vorzügliche Agenten der irrationalen Wachstumsideologie"*, schreibt Guy Rewenig. *"Sie entwerfen, planen, entscheiden, ohne später die politische Verantwortung für diese Entscheidungen zu tragen."* Und diese Pläne und